

Wahl SPD Parteirat 12.9.2019
Beschluss mit großer Mehrheit

Arbeiten in der SPD - Sexismus eine Absage erteilen

Sozialdemokratie ist für uns nicht nur eine leere Phrase, sondern eine gesellschaftliche Vision. Sozialdemokratische Politik bedeutet für uns, eine Gesellschaft zu gestalten, in der Menschen frei von Diskriminierung, Unterdrückung und Angst leben können. Als Volkspartei bilden wir eine Bandbreite von verschiedenen Menschen mit vielfältigen Lebensläufen und Realitäten ab. Dabei stehen wir vor allem für eine große Zahl von Frauen*, die täglich wesentliche Beiträge leisten, um unsere Gesellschaft ein Stück lebenswerter zu machen. Dementsprechend ist unsere Sozialdemokratie eine Politik für die Frauen*!

Gesellschaft fängt bei uns an:

Als mitgliederstärkster Unterbezirk ist es für uns eine Pflicht, als Vorbild voranzugehen und unsere gesellschaftlichen Grundsätze in der eigenen Partei vorzuleben. Eine Gesellschaft, in der Frauen* nach wie vor unterdrückt, benachteiligt und diskriminiert werden ist für uns nicht tragbar. Genauso wenig dulden wir ein solches Verhalten in unserer eigenen Partei! Sexistisches und abwertendes Verhalten gegenüber Frauen* ist für uns kein Teil der Sozialdemokratie und daher auf das Schärfste zu verurteilen.

Solidarisch miteinander, unterstützen anstatt weg zu schauen:

Es ist an uns, Opfer von Sexismus, sexuellen Übergriffen und Grenzüberschreitung oder sexueller Gewalt zu unterstützen und ihre Erfahrungen ernst zu nehmen. Auch Machtmissbrauch von Genoss*innen in Wahlämtern und Parteifunktionen dürfen wir nicht tolerieren.

Handeln statt Tatenlosigkeit:

Wir fordern die Initiierung einer Ombuds- bzw. Anlaufstelle für Betroffene von Sexismus und Diskriminierung. Unsere Partei kann an Problemen jeder Art nur dann wachsen, wenn wir ihr die Chance dazu geben. Entsprechend ist es wichtig, vernünftige Mechanismen zu schaffen, die dazu beitragen, negative Erlebnisse innerhalb der eigenen Partei aufzuarbeiten und strukturell zu bekämpfen. Als einer der größten politischen Verbände sind wir in der Pflicht, mit einem guten Beispiel voran zu gehen und zu signalisieren, dass es uns nicht egal ist, was unseren Mitgliedern in ihrer Parteiarbeit passiert, sondern dass wir ihre (negativen) Erlebnisse ernst nehmen und handeln. Auf Grundlage der bereits geleisteten Arbeit des Parteirats im Juni ist eine Ombudsstelle bis zum Parteitag im November zu initiieren.

Archiviert

12.9. - 19.25 Uhr

Sen. Saeltz (Mehls Bild)
unterst